

Telegrafenstrasse: ^{W64} ^{03.12.} Politiker streiten sich

WNK/UWG bestreitet, „umgekippt“ zu sein.

Der Fraktionsvorsitzende der WNK/UWG, Henning Rehse, möchte nicht stehenlassen, dass seine Fraktion bei der Abstimmung über das Durchfahrtsverbot an der Telegrafenstrasse „umgekippt“ sei. Das hatte Bürgermeister Rainer Bleek nach der Ausschusssitzung konstatiert. „Wir haben bei Einführung der neuen Verkehrsregelung in der Telegrafenstrasse deutlich gemacht, dass es sich aus ihrer Sicht um einen Versuch handelt“, sagt dazu Henning Rehse. Oberstes Prinzip der Fraktion sei es, „keine Politik gegen den mehrheitlichen Willen der Bürger“ zu machen. Deshalb sei der Vorschlag für die Bürgerbefragung gekommen. „Als sich für diesen Vorschlag weder von den Befürwortern noch Gegnern der Regelung im Ausschuss eine Zustimmung abzeichnete, haben wir noch vor der Abstimmung bekannt gegeben, dass wir uns enthalten. Die Befürworter des Versuchs hätten also bei Einbindung des Vorschlags der WNK/UWG ohne Weiteres die Chance gehabt, den Versuch fortzusetzen und parallel die Meinung der Bürger einzuholen“, sagt

Rehse. Das wiederum mag der SPD-Fraktionsvorsitzende Jochen Bilstein so nicht hinnehmen. „Der Versuch des Fraktionsvorsitzenden Rehse, die Verantwortung für das Abstimmungsergebnis von sich zu schieben, ist untauglich“, schreibt Bilstein in einem öffentlichen Brief. Das Abstimmungsverhalten von Henning Rehse und seinen beiden WNK-Kollegen sei „klar auf eine Mehrheit gegen eine Aufrechterhaltung des Beschlusses zur Telegrafenstrasse ausgerichtet“ gewesen.

SPD titulierte Behauptung als unwahr

Die Behauptung, die SPD lehne Bürgerbefragungen aus „Angst vor dem Ergebnis“ ab, sei unwahr. Zu Bürgerbefragungen müssten erst einmal diverse Punkte geklärt werden, etwa ob die Befragung vor oder nach dem Ratsbeschluss stattfinden soll oder wer überhaupt entscheidet, ob es eine Bürgerbefragung geben soll. Bilstein: „Solange solche Fragen nicht geklärt sind, bleiben Bürgerbefragungen á la Rehse nur scheindemokratische Spielchen.“

BH 02.12.

Telegrafenstrasse - WNKUWG verteidigt Enthaltung

WERMELSKIRCHEN (ser) Die WNKUWG äußert sich zu ihrer Enthaltung bei der Abstimmung im Fachausschuss, durch die das Durchfahrtsverbot in der Telegrafenstrasse wieder aufgehoben wurde. Die Fraktion mache „keine Politik gegen den mehrheitlichen Willen der Bürger“, teilt Henning Rehse mit. Es sei nicht erkennbar gewesen, welche Meinung in der Bürgerschaft die Mehrheit ausmache. Da-

her habe man vorgeschlagen, den Versuch bis Anfang Februar laufen zu lassen und im Januar eine Bürgerbefragung zu starten. Als sich dafür keine Zustimmung der anderen Fraktionen abzeichnete, habe die WNKUWG gesagt, dass man sich bei der Abstimmung enthalten werde.

„Die Befürworter hätten die Chance gehabt, den Versuch fortzusetzen und parallel die Meinung der Bürger einzuholen“, sagt Rehse.

„Die Angst vor dem dann möglicherweise nicht ihrer Meinung entsprechenden Bürgervotum war für die Befürworter offenbar zu groß.“

Jürgen Scherkenbeck, Ratsmitglied der SPD, bezeichnet die jüngste Ausschusssitzung als „Tiefpunkt praktizierter Kommunalpolitik“. Er kritisiert vor allem das Verhalten der CDU. Seit Jahren sei es in Wermelskirchen gute politische Praxis, „dass unterlegene Parteien sich einem

Mehrheitsbeschluss fügen, gerade wenn dieser finanzielle Auswirkungen hat“, sagt er und fügt an: „Frei nach dem Motto ‚Was stört mich mein politisches Verhalten von gestern‘ lehnte die CDU in einem bisher unbekanntem Politikstil nicht etwa eine endgültige Ableitung des Verkehrs über die Straße ‚An der Feuerwache‘ ab, sondern auch eine dreimonatige Testphase.“ Experimente und Untersuchungen seien

aber die einzig zulässige Methode, um Fakten zu schaffen. Scherkenbeck meint: „Die CDU verweigert sich einem Erkenntnisgewinn mit postfaktischen Aussagen bester ‚Trump’scher Machart‘.“ Er fordert die CDU auf, „sich wieder auf eine rationale, faktenbasierende Politik zurückzubedenken, wie sie in Wermelskirchen seit Jahrzehnten trotz aller Differenzen zwischen den Parteien guter Politikstil war“.

40 Personen als Richtwert für Unterkünfte

Die Politik diskutiert über Leitlinien für die Stadt bei der Schaffung von Wohnraum für Flüchtlinge. Der Zeitdruck ist groß, permanent werden der Stadt neue Zuwanderer zugewiesen. Für Anfang 2017 ist eine Bürgerversammlung geplant.

VON SEBASTIAN RADERMACHER

WERMELSKIRCHEN Die Fraktionen von CDU und WNKUWG möchten Maßstäbe festlegen, nach welchen Kriterien die Flüchtlingspolitik in Wermelskirchen gestaltet wird. Ihre wichtigste Forderung: „Wir wollen Massenunterkünfte vermeiden“, sagte CDU-Chef Christian Klicki im Fachausschuss. Beide Fraktionen haben Leitlinien verfasst, über die der Stadtrat am kommenden Montag abstimmen soll. Unter anderem fordern CDU und WNK, dass an keinem Standort mehr als 40 Zuwanderer leben sollen. In weniger dicht besiedelten Gebieten sollte es eine Begrenzung auf 20 Personen pro Standort geben.

Die übrigen Fraktionen sahen in dem Antrag durchaus einige sinnvolle Leitlinien. Mit der Begrenzung der Belegung taten sie sich allerdings schwer. Sie befürchteten: Sollte diese Obergrenze in Stein gemeißelt

sein, könnten öffentlichen Gebäude wie Sporthallen in Zukunft wieder geschlossen werden, weil nicht ausreichend Wohnraum zur Verfügung stehe. Henning Rehse (WNKUWG) sieht den Antrag als Leitlinien für die Stadtverwaltung, an denen sie sich orientieren soll. Er forderte mehr Mitspracherecht für die Politi-

„Wir erhalten keine konkreten Zahlen, wie viele Flüchtlinge wir 2017 unterbringen müssen“

Jürgen Scholz
Stadtsprecher

ker, „zuletzt mussten wir die Pläne immer absegnen“, sagte er.

Christian Klicki räumte ein, dass seine Fraktion die Grenze von 40 bzw. 20 Bewohnern pro Standort nicht in Stein meißeln möchte. „Sollte es Pläne der Verwaltung geben, bei denen es Sinn macht,

45 Menschen an einem Standort unterzubringen, kann man natürlich darüber reden“, sagte er. Er spüre einfach eine große Verunsicherung in der Bevölkerung. „Die Leute wissen nicht, was Sache ist. Man muss Klarheit schaffen und die Menschen mitnehmen.“ Daher sei auch die Forderung von CDU und WNK nach Bürgerversammlungen zu den geplanten Standorten für Flüchtlingsunterkünfte so wichtig. Klicki: „Wir möchten mehr Transparenz schaffen.“

Stadtsprecher Jürgen Scholz teilte auf Anfrage unserer Redaktion mit, dass die Verwaltung in einer Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26. Januar umfassend über ihre Pläne für die Unterbringung von Flüchtlingen informieren wird. „Wir werden unser Gesamtkonzept vorstellen, das von der Politik beschlossen werden muss“, sagte Scholz. Die Stadt diskutiert zurzeit intern über verschiedene

Standorte, die infrage kommen, sowie über temporäre Unterbringungen und auch dauerhaften Wohnraum. Was Scholz wichtig ist: „Es gibt Maßnahmen, die zwingend in dieser Sitzung beschlossen werden müssen.“ Details nannte er noch nicht. Fakt ist: Die Stadt Wermelskirchen muss im kommenden Jahr



Die Stadt muss neuen Wohnraum für Flüchtlinge schaffen. BM-ARCHIV: HERTGEN

Wohnraum für Flüchtlinge schaffen. „Uns läuft aber die Zeit davon. Wir versuchen, die Maßnahmen mit aller Macht rechtzeitig umzusetzen“, betonte der Stadtsprecher. Das große Problem: Die Stadt erhalte keine konkreten Zahlen der Bezirksregierung, wie viele zugewiesene Flüchtlinge sie 2017 unterbringen muss. Scholz: „Uns werden permanent Flüchtlinge zugewiesen, wir können aber nicht langfristig planen.“

Nach der Sondersitzung wird es auch eine Bürgerversammlung geben, kündigte Scholz an. Ob es für die ehemalige Polizeiwache, die bis zurzeit als Unterkunft für 40 Flüchtlinge umgebaut wird, eine eigene Info-Veranstaltung geben wird, ist noch unklar. Alternative wäre eine Veranstaltung, auf der mehrere Projekte vorgestellt werden. „Wir werden das Verfahren mit den Fraktionen abstimmen, sie müssen das festlegen“, sagte Scholz.

Leitlinien für die Flüchtlingsunterbringung beschlossen

Die Stadtverwaltung soll sich an Richtwert von 40 Flüchtlingen pro Standort orientieren.

WERMELSKIRCHEN (ser) Mit knapper Mehrheit hat die Politik Maßstäbe für die Unterbringung von Flüchtlingen festgelegt, an denen sich die Stadtverwaltung orientieren soll. CDU und WNKUWG hatten im Stadtrat eine knappe Mehrheit auf ihrer Seite. SPD, Büfo, Grüne sowie Teile der FDP stimmten dagegen. Zuvor hatten SPD, Büfo und Grüne noch einen Alternativ-Antrag gestellt, über den lange diskutiert wurde, ehe ihn die drei Fraktionen letztlich doch wieder zurückzogen.

Der wichtigste Aspekt in dem beschlossenen Antrag von CDU und WNKUWG: An keinem Standort sollen mehr als 40 Zuwanderer leben. In weniger dicht besiedelten Gebieten soll es eine Begrenzung auf 20 Personen pro Standort geben. „Bei diesen Zahlen handelt es sich um Richtwerte“, sagte CDU-Chef Christian Klicki. Müssten an einem Standort als Beispiel ausnahmsweise 48 Flüchtlinge untergebracht werden, „werden wir kein Theater machen“, stellte er klar.

Zu große Standorte lehnen CDU und WNKUWG aber strikt ab. „Allein die soziale Kontrolle, etwa durch einen Sicherheitsdienst, würde pro Standort mehr als 500.000 Euro jährlich kosten“, rechnete Klicki vor. Die Verwaltung habe in der Vergangenheit Pläne vorgelegt für teilweise bis zu 140 Flüchtlinge in einer Straße. „Da muss die Politik klare rote Linien ziehen“, schimpfte der CDU-Chef. In Zukunft soll die Verwaltung für jeden Standort, der für die Unterbringung von Flücht-

lingen vorgesehen ist, eine Bürgerversammlung organisieren. Öffentliche Einrichtungen und Sportplätze sollen nicht als Unterkunftsplätze zur Verfügung stehen.

Bürgermeister Rainer Bleek warb erneut für einen Schulterchluss von Verwaltung und Politik bei diesem Thema. Er zitierte aus einer rechtlichen Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes. Demnach seien alle konkreten Maßnahmen zur Unterbringung als Geschäfte der laufenden Verwaltung

Zudem wird es Bürgerversammlungen geben.

einzuordnen, er könne also über Standorte und Anzahl der Bewohner entscheiden. Gleichwohl betonte Bleek, dass die Verwaltung keinen Alleingang plane. „Mein Wunsch ist, dass wir mit breitem Konsens die Probleme angehen.“

Zum Abschluss appellierte Jürgen Scholz, Projektleiter für die Flüchtlingsunterbringung, dass die Politiker die Verwaltung am Ergebnis des Projekts messen sollten. „Bitte lassen Sie uns unsere Arbeit machen! Es ist eine große gemeinsame Auf-

gabe. Einschränkungen, etwa durch eine Obergrenze, machen uns die Arbeit extrem schwer“, sagte Scholz. Es gelte der Grundsatz: Unterbringung geht vor Integration. „Sie können niemanden integrieren, der nicht menschenwürdig untergebracht ist.“ In seiner Rede sparte Scholz auch nicht mit Selbstkritik. „Es war ein Irrglaube der Verwaltung, dass die Erstaufnahmeeinrichtungen vor den Zuweisungen schützen. Es wurde in der Vergangenheit viel zu wenig getan.“

CDU: Maximal 40 Flüchtlinge pro Straße

WGA 14.12.

Knappe Mehrheit setzt Obergrenze pro Standort fest. Bleek warnt: Das ist Aufgabe der Verwaltung.

Von Karsten Mittelstädt

Nach einer zum Teil emotional geführten Debatte über die Art und Weise wie Flüchtlinge in Wermelskirchen untergebracht werden sollen, setzten sich am Ende CDU und WNK UWG mit ihrem gemeinsamen Antrag durch, die Zahl der Flüchtlinge an einem Standort auf 40 beziehungsweise 20 im Außenbereich zu begrenzen. Wobei die Zahlen nur Richtwerte seien, betonte CDU-Fraktionsvorsitzender Christian Klicki.

Bürgermeister Rainer Bleek und Hauptamtsleiter Jürgen Scholz hatten zuvor versucht, den Beschluss zu verhindern, der ihrer Meinung nach die Arbeit der Verwaltung deutlich erschwert und die Unterbringung verteuere. Bleek hatte eine Rechtsauskunft beim Städte- und Gemeindebund eingeholt. Zwar könne der Rat Richtlinien vorgeben, letztlich sei es aber Aufgabe der Verwaltung beziehungsweise des Bürgermeisters dafür zu sorgen, dass die Flüchtlinge menschenwürdig untergebracht werden. Das sei eine staatliche



Derzeit wird das ehemalige Polizeigebäude in eine Flüchtlingsunterkunft umgebaut. Die Verwaltung hatte die Zahl der Plätze von sich aus auf 40 reduziert, um die Kosten niedrig zu halten. Das war angesichts des Ratsbeschlusses vorausschauend.

Foto: Karsten Mittelstädt

Aufgabe, die erfüllt werden müsse, dennoch suche er den Schulterchluss des Rates. „Ich habe noch nicht entschieden, ob ich den Beschluss beanstanden werde“, sagte Bleek gestern auf WGA-Anfrage.

Mit einer eindrucksvollen Rede, die auch von CDU und WNK UWG mit Beifall bedacht wurde, hatte zuvor Scholz die aktuelle Situation umrissen und eine Anfrage der WNK UWG beantwortet. Danach wurden seit dem 26. September, als der Umbau des ehemaligen Polizeigebäudes in eine Flüchtlingsunterkunft beschlossen worden war, 80 Flüchtlinge von der Bezirksregierung Arnberg zugewiesen, 23 Flüchtlinge haben die Stadt seither verlassen. „Sie haben uns im September 275 Flüchtlinge bis Jahresende angekün-

digt, wie kommt es zu der Diskrepanz“, fragte Henning Rehse (WNKUWG), der darauf abzielte, ob der Umbau überhaupt notwendig sei. Scholz erklärte, dass die Bezirksregierung zugestimmt habe weniger Flüchtlinge zuzuweisen, bis das Polizeigebäude umgebaut ist. „Wir gehen davon aus, dass dies Mitte Januar der Fall ist“, sagte Scholz.

Für das kommende Jahr erwartet die Verwaltung 290 Flüchtlinge

Die Pläne für das Polizeigebäude müssen aufgrund des Beschlusses nicht geändert werden. Dort sollen maximal 40 Personen untergebracht werden. Der Umbau des Polizeigebäudes kostet 400 000 Euro.

Im Jahr 2017 erwartet die Stadtverwaltung die Zuweisung von 290 Flüchtlingen, für

2018 wollte Scholz keine Prognose wagen. „Wir wollen den Menschen die Angst vor Überfremdung nehmen“, begründete Klicki den Antrag, die Zahl der Flüchtlinge pro Standort zu begrenzen. „Wir wollen die Unterbringung damit transparent machen“, sagte er. Integration sei an kleineren Standorten besser möglich.

Auf die unsichere Lage wies Stefan Janosi (Die Grünen) hin. „Niemand weiß, wie sich die Zahl der Flüchtlinge entwickelt, da die Vereinbarung mit der Türkei kippe. Eine Belegung von öffentlichen Plätzen müsse vermieden werden. Jochen Bilstein, der am Ende der Debatte fast niedergeschrien wurde, als er einen Antrag von SPD, Büfo und Grünen zurückziehen wollte, erklärte von einer Ghettoisierung in Wer-

melskirchen zu sprechen, sei Panikmache.

Jürgen Scholz räumte selbstkritisch Fehler der Verwaltung ein, die zu spät Vorbereitungen für weitere Unterkünfte getroffen habe. Er wurde deshalb von Bleek zum Projektleiter ernannt, um die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Scholz appellierte eindringlich an die Ratsmitglieder: „Lassen Sie uns unsere Arbeit machen.“ Der Antrag von CDU und WNKUWG mache die Aufgabe schwierig bis unmöglich. Integration sei notwendig und wichtig, meinte der Hauptamtsleiter. „Aber erst kommt die Unterbringung, dann die Integration.“ Das sei die gemeinsame Aufgabe von Rat und Verwaltung. »Standpunkt

BESCHLUSS

ANTRAG Folgender Beschluss wurde mit 27 (CDU 18, WNK UWG 7, Karl Springer, Andreas Müßener) gegen 25 (SPD 11, Grüne 5, Büfo 5, FDP 3, Rainer Schneider) Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen: An jedem Standort, jeder Straße sollen maximal 40, in weniger dicht besiedelten Gebieten 20 Flüchtlinge leben. Dabei handelt es sich um Richtwerte. Die Verwaltung soll an jedem Standort Bürgerversammlungen anbieten. Öffentliche Einrichtungen und Sportplätze sollen nicht zur Unterbringung genutzt werden. Neubauten sollen vermieden werden. Falls doch notwendig, soll ein Generalunternehmer bauen.

Kritik an Plänen für Unterbringung

34 16.12.2011

WERMELSKIRCHEN (ser) Die Fraktion der **WNKUWG** kritisiert die Stadtverwaltung für ihre Vorgehensweise bei der Unterbringung der ihr zugewiesenen Flüchtlinge. „Die Verwaltung wird – bei aller Wertschätzung für die Arbeit von Projektleiter Jürgen Scholz – nicht völlig losgelöst vom Rat bei diesem Thema agieren können. Die Arbeitsteilung wird nicht so laufen, dass die Verwaltung denkt und lenkt und die Politik nur abnickt“, teilt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse mit.

Zwei Dinge seien völlig unstrittig und nicht diskutabel: Wermelskirchen werde alle Flüchtlinge aufnehmen, die der Stadt gemäß dem Kö-

nigsteiner Schlüssel zugewiesen werden. Das sind laut Rehse bei zum Beispiel 200.000 Flüchtlingen bundesweit 85 Menschen für Wermelskirchen. Zweitens: Alle diese Menschen würden menschenwürdig untergebracht. „Eine Mehrheit des Rates will und wird die Unterbringung der Flüchtlinge mitgestalten und sich dabei auch von der ‚Politik‘ der Verwaltung nicht beirren lassen“, sagt Rehse.

Im September seien für den Rest des Jahres 275 Flüchtlinge angekündigt worden. „Es hieß, nur mit dem Umbau und der Belegung des Polizeigebäudes sei diese Aufgabe zu stemmen, und nur das Polizeige-

bäude sei bis Dezember fertigzustellen, sonst drohten Zelte auf dem Schwanenplatz.“ Tatsächlich seien seitdem 57 Flüchtlinge nach Wermelskirchen gekommen, das Polizeigebäude werde frühestens im Januar bezugsfertig. Und die Stadt konnte laut Rehse mit der Bezirksregierung vereinbaren, dass sie einen Teil der Flüchtlinge erst später zugewiesen bekomme. „Mit dem Wissen um diese beiden Parameter hätte sich im September sicherlich keine Mehrheit für die Nutzung des Polizeigebäudes gefunden“, meint der Fraktionsvorsitzende. VHS und Stadtarchiv wären jetzt schon längst in der ehemaligen Wache, sagt er.

Flüchtlinge: WNK übt Kritik an Verwaltung

WbA 17.05.2016

Fraktionsvorsitzender Henning Rehse glaubt nicht an menschenwürdige Unterbringung.



Henning Rehse äußert sich im Nachgang. Foto: Schmitz

Die Fraktion der WNKUWG kritisiert die Stadtverwaltung für ihre Vorgehensweise bei der Unterbringung der Flüchtlinge. „Die Verwaltung wird – bei aller Wertschätzung für die Arbeit von Projektleiter Jürgen Scholz – nicht völlig losgelöst vom Rat bei diesem Thema agieren können. Die Arbeitsteilung wird nicht so laufen, dass die Verwaltung denkt und lenkt und die Politik nur abnickt“, teilt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse mit. Zwei Dinge seien völlig unstrittig und nicht diskutabel: Wermelskirchen werde alle Flücht-

linge aufnehmen, die der Stadt gemäß dem Königsteiner Schlüssel zugewiesen werden. Das sind laut Rehse bei zum Beispiel 200 000 Flüchtlingen bundesweit 85 Menschen für Wermelskirchen. Zweitens: Alle diese Menschen würden menschenwürdig untergebracht.

„Eine Mehrheit des Rates will und wird die Unterbringung der Flüchtlinge mitgestalten und sich dabei auch von der ‚Politik‘ der Verwaltung nicht beirren lassen“, sagt Rehse. Im September seien für den Rest des Jahres 275 Flücht-

linge angekündigt worden. „Es hieß, nur mit dem Umbau und der Belegung des Polizeigebäudes sei diese Aufgabe zu stemmen, und nur das Polizeigebäude sei bis Dezember fertigzustellen, sonst drohten Zelte auf dem Schwanenplatz.“ Tatsächlich seien seitdem 57 Flüchtlinge nach Wermelskirchen gekommen, das Polizeigebäude werde frühestens im Januar bezugsfertig. Und die Stadt konnte laut Rehse mit der Bezirksregierung vereinbaren, dass sie einen Teil der Flüchtlinge erst später zugewiesen bekomme. ser

Politik zweifelt Flüchtlingszahlen an

Unterkunft im Polizeigebäude wird laut Verwaltung am 20. Januar fertig. Rehse bezweifelt Notwendigkeit des Umbaus.

Von Karsten Mittelstädt

Erst 78, dann 60, jetzt sollen nur noch 40 Flüchtlinge in dem ehemaligen Polizeigebäude neben dem Rathaus untergebracht werden. Doch ob die Räume wie geplant Mitte Januar fertig sind, ist nach wie vor unklar. Hochbauamtsleiter Frank Kieseler ist aber noch optimistisch, dass es klappt. Das hängt davon ab, ob Brandschutztüren pünktlich geliefert werden. Die seien in Deutschland aufgrund der vielen Umbaumaßnahmen für Flüchtlinge derzeit Mangelware. „Das beauftragte Unternehmen hat uns Montagmorgen mitgeteilt, dass es sicherstellen will, die Brandschutztüren bis zum 20. Januar einzubauen“, erklärt Kieseler. Das hängt aber von der Lieferung der Türen ab.

Als zweiter Rettungsweg wird eine Treppe von außen angebaut. Die Malerarbeiten und die Erneuerung der Böden dürften rechtzeitig beendet sein. „Im wesentlichen sind es Brandschutzmaßnahmen, die noch erledigt werden müssen“, sagt Kieseler. Auf eine teure Brandmeldeanlage, die bei der Feuerwehr aufläuft, konnte aufgrund der niedrigeren Belegungszahl verzichtet werden.

werden musste, das bezweifelt Henning Rehse (WNK UWG) nach wie vor. Im Gegensatz zu einer missverständlichen Überschrift in der Samstagsausgabe vom 17. Dezember ist er sehr wohl der Meinung, dass die Stadtverwaltung die Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen wird. Wie die Verwaltung aber insgesamt bei der Beschaffung von Wohnraum für Flüchtlinge vorgeht, gefällt Rehse nicht.

Klicki: Bürgermeister ist an Ratsbeschluss gebunden

„Hätten wir am 26. September alle Fakten gekannt, wäre der Umbau vielleicht gar nicht nötig gewesen“, sagte Rehse auf WGA-Anfrage. Er hatte bereits in der jüngsten Ratssitzung kritisiert, dass die Verwaltung seinerzeit von 275 Flüchtlingen ausgegangen war, die noch bis Jahresende nach Wermelskirchen kommen sollten, tatsächlich waren es aber nur 57 (Stand 12. Dezember). Auch die Aussage, es habe keine Alternative zum Umbau des Polizeigebäudes gegeben, glaubt Rehse nicht.

Auch Christian Klicki von der CDU, die zusammen mit der WNK UWG den Beschluss durchgesetzt hatte, maximal 40 Flüchtlinge pro Standort zu



Eine Außentreppe als zweiter Rettungsweg wird noch an das ehemalige Polizeigebäude angebaut. Ob es ab dem 20. Januar als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden kann, hängt von Brandschutztüren ab. Foto: Mittelstädt

Größtenteils sind Maßnahmen zum Brandschutz zu erledigen

Gleichwohl müssen Brandschutzmelder in allen Räumen vorhanden sein. Sogar in den Hohlräumen der Flurdecken, in denen Kabel verlaufen, müssen Signalegeber für den Brandschutz eingebaut werden. „Das dauert natürlich“, sagt Kieseler, der im Augenblick davon ausgeht, dass das Gebäude in gut vier Wochen fertiggestellt sein wird.

Ob es überhaupt umgebaut

zulassen, glaubt nicht an die von der Verwaltung genannten 270 Flüchtlinge, die in 2017 erwartet werden. „Laut Verwaltung kann Wohnraum für 162 Flüchtlinge angemietet werden, durch den im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung beschlossenen Ankauf von Häusern kann die Zahl fehlender Unterkünfte auf 120 reduziert werden. Dann brauchten wir noch drei Standorte“, rechnet Klicki vor. Wie Rehse erwartet er in 2017 aber weniger Flüchtlinge. Nach dem Kö-

nigsteiner Schlüssel muss NRW 21 Prozent der Flüchtlinge bundesweit aufnehmen, 0,2 Prozent kommen nach Wermelskirchen. Klick: „Das wären bei 200 000 Flüchtlingen 85 in 2017 für Wermelskirchen.“

Einig sind sich Rehse und Klicki in der rechtlichen Beurteilung, die sie anders sehen als Bleek. Der hatte nach einer Auskunft des Städte- und Gemeindebundes erklärt, der Bürgermeister sei letztlich für die Unterbringung der Flüchtlinge verantwortlich. „Das

stimmt nur, wenn Flüchtlingen Obdachlosigkeit droht, dann hat der Bürgermeister jegliche Befugnis“, sagt Klicki. Lang- und mittelfristig sei er aber an die Weisungen des Rates gebunden. Klicki: „Ich kenne keinen Bürgermeister in Deutschland, der ohne Zustimmung des Rates Häuser für Flüchtlinge bauen darf. Die WNK UWG werden in der März Sitzung des Rates erneut nach Flüchtlingszahlen fragen“, kündigte Rehse an. » Standpunkt

POLIZEIGEBÄUDE

CHRONIK Die Polizei zog im Januar 2016 nach Hilgen. Danach sollte das Gebäude an der Telegrafstraße bis Anfang 2017 zur Volkshochschule umgebaut werden. Im September schlug die Verwaltung vor, das Haus vorübergehend als Flüchtlingsunterkunft zu nutzen, weil Wohnungen für die bis Jahresende erwarteten Flüchtlinge fehlten.

Ein frohes Weihnachtsfest
und einen guten Rutsch ins
Jahr 2017 wünscht allen
Bürgerinnen und Bürgern Ihre
WNK UWG.

Mit unseren Wünschen
verbinden wir unseren Dank für
das uns entgegengebrachte
Vertrauen.

WNK UWG
Immer da, wo Sie uns brauchen

FW
FREE WÄHLER

Die Bürger ^{80/22.12} mehr beteiligen

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Die Kommunikation zwischen Bürgern, Vereinen, Politik und Verwaltung steht nicht zum Besten. Zu diesem Schluss kommt Dirk Wartmann (WNKUWG) in einem offenen Brief an den Bürgermeister. „Ansätze, die Bürger einzubinden, sind gescheitert“, so der Politiker. Er gibt Rainer Bleek jetzt über die Weihnachtstage „eine Idee zum Nachdenken“ mit auf den Weg. Seiner Ansicht nach sei es sinnvoll, eine „Perspektivenwerkstatt“ ins Leben zu rufen, auch innerhalb des Arbeitskreises Zukunft. Hierin sollten auch Vertreter gesellschaftlicher Gruppen mitwirken. „Ich erhoffe mir davon eine größere und breitere Transparenz sowie Akzeptanz in der Bürgerschaft.“

Ratsmitglied Dirk Wartmann WNG 22.12. will mehr Beteiligung der Bürger

Bürgermeister weist Kritik wegen mangelnder Transparenz zurück.

Von Karsten Mittelstädt

Mangelnde Transparenz wirft WNK UWG-Ratsmitglied Dirk Wartmann Bürgermeister Rainer Bleek in einem Brief vor. Das Jahr 2016 habe an verschiedenen Beispielen gezeigt, dass es mit der Kommunikation zwischen Bürgern, Vereinen, Politik und Verwaltung nicht unbedingt zum Besten bestellt ist“, schreibt Wartmann in einem Brief an Bleek.

Als Beispiele nennt Wartmann die Diskussion um die Gestaltung des Loches-Platzes, die Telegrafienstraße und auch die Rhombus-Brache. „Ansätze, die Bürger besser einzubinden, sind leider gescheitert.

Von der Zukunftswerkstatt hört man seit Jahren nichts mehr“, so Wartmann wörtlich.

Bleek weist diese Kritik zurück. „Gerade die Handlungsweise seiner Partei sorgt ja für Verwirrung beim Bürger“, sagt Bleek im Hinblick auf die Entscheidungen zur Verkehrsberuhigung der Telegrafienstraße.

Das man vom Arbeitskreis Zukunftswerkstatt nichts höre, habe einen Grund. „Bisher haben drei Sitzungen stattgefunden. Darin wurden bisher die Handlungsfelder festgelegt“, erklärt Bleek. Die seien aber so breit aufgestellt, „das ist nicht zielführend“. Bislang sei die Stadtverwaltung gar

nicht in der Lage gewesen, dem Arbeitskreis zuzuarbeiten, etwa Themen inhaltlich vorzubereiten. Das sei erst jetzt möglich, weil beispielsweise das Sozialamt neu organisiert wurde. „Wir haben in Frau Beyer jetzt eine Kraft, die sich mit dem Thema demografische Entwicklung befasst“, sagt Bleek auf die Kritik der WNK UWG.

Arbeitskreis Zukunft soll neue Struktur erhalten

Bleek will aber nicht nur dafür sorgen, dass der Arbeitskreis Zukunftswerkstatt inhaltlich arbeiten kann. „Die Besetzung ist in meinen Augen problematisch. Die Verhältnisse im Rat haben sich geändert. Die Zusammensetzung des Arbeitskreises passt so nicht mehr.“ Er will über die Zusammensetzung des Arbeitskreises am 9. Januar im Ältestenrat sprechen.

Bleek will auf die Erfahrungen eines ähnlichen Gremiums beim Kreis zurückgreifen und beispielsweise Dr. Molitor von der Regionalagentur einladen. Bleek: Wir müssen erstmal Grundlagen schaffen.“ Als Beispiel nennt er die Bevölkerungszahl. Bisher sei man davon ausgegangen, dass die Bevölkerungszahl in Wermelskirchen sinkt. Bleek: „Es gibt aber auch Aussagen wie vom Büro ASS in Düsseldorf, dass die Zahl nicht zurückgeht, sondern stagniert.“



Die WNK UWG habe bei der Diskussion über die Verkehrsberuhigung erst für Verunsicherung gesorgt, sagt Bleek. Dirk Wartmann nennt die Telegrafienstraße beispielhaft für mangelnde Bürgerbeteiligung. Foto: kam